

Risse und die Staatsräson

Die Aussprache zum Jahrestag des Massakers der Hamas im Bundestag gerät energisch. Scholz muss sich gegen Vorwürfe wehren.

Von Matthias Wyssuwa, Berlin

Friedrich Merz erinnert an das, was er vor einem Jahr am selben Ort gesagt hatte. Damals, als die Abgeordneten im Bundestag nach dem Terrorüberfall der Hamas zusammenkamen, um Israel die deutsche Solidarität zu versichern, habe er gesagt: „Unsere Solidarität darf keine Risse bekommen, wenn Israel das Notwendige tut, um seine Sicherheit wiederherzustellen.“ Der Vorsitzende der Unionsfraktion fügt an: „Doch diese Risse in der Solidarität gibt es mittlerweile, und Sie werden zahlreicher.“ Und weil das, was er danach sagt, nicht nur den SPD-Fraktionsvorsitzenden dazu treibt, sich kurzfristig auf die Rednerliste zu setzen, um Merz eine „Grenzüber-schreitung“ vorzuwerfen, sondern auch der Kanzler noch zum Mikrofon greift, wird an diesem Donnerstag im Bundestag deutlich: Es gibt Redebedarf über das deutsche Verhalten gegenüber Israel.

Ein Jahr Krieg im Nahen Osten bedeutet auch ein Jahr für Berlin, zu beweisen, was es mit der Staatsräson auf sich hat, die sich die Ampelkoalition sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben hat: „Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson.“ Doch nach einem Jahr ist das auch eine Unzufriedenheit auf vielen Seiten über das deutsche Agieren – international und in der deutschen Debatte bis hinein in die Koalition. Von jenen, die beklagen, Berlin würde zu stur an der Seite Israels stehen, bis zu jenen, die Deutschland vorwerfen, Zweifel an der Unterstützung aufkommen zu lassen. Und dann noch von jenen, die aus der Realität vor Ort schließen, dass Deutschland ohnehin kaum Einfluss habe. All das durchzieht auch die Aussprache im Bundestag zum Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas. Merz sagt mit Blick auf die Solidarität: „Diese Risse entstehen durch politische Unklarheit, durch Enthaltungen etwa bei den Vereinten Nationen und die schlichte Verweigerung von Entscheidungen.“ Ausbleibende deutsche Rüstungsexporte führt er als Beispiel an.

Doch bevor Merz seine Kritik vorträgt, steht eine Schweigeminute für die Opfer

an. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ruft dazu auf. Auf den Besuchertribünen sitzen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der israelische Botschafter Ron Prosor. Bas erinnert nicht nur wie die meisten Redner nach ihr an den Horror des 7. Oktobers, an die Geiseln und das Selbstverteidigungsrecht Israels – sie spricht auch gleich das Dilemma an „zwischen legitimer Selbstverteidigung auf der einen Seite“ und dem Schutz von Zivilisten auf der anderen. Christian Dürr, der FDP-Fraktionsvorsitzende, wird später sagen: „Man kann nicht von Solidarität und Staatsräson sprechen, um dann im nächsten Atemzug Israels Vorgehen andauernd zu maßregeln.“

Bas spricht auch ein anderes Thema an: „In Deutschland hat sich Antisemitismus hemmungslos Bahn gebrochen.“ Merz wird das erste Mal für Unruhe im Plenum sorgen, indem er dazu sagt: „Ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung des Antisemitismus in Deutschland ist und bleibt deshalb der Stopp der ungehinderten massenhaften Zuwanderung vor allem von nicht schutzbedürftigen jungen Männern aus dem arabischen Raum.“

Was aber Rolf Mützenich und Olaf Scholz an die Mikrofone treibt, sind die Rüstungsexporte, die Merz als Beispiel anführt für die Risse in der Solidarität. Merz sagt, seit Monaten „verweigert die Bundesregierung die Exportgenehmigung

zum Beispiel von Munition und sogar für die Lieferung von Ersatzteilen für Panzer nach Israel“. Er wisse von einer Reihe von „sehr konkreten Fällen“, in denen die Bundesregierung die Zustimmung verweigere. Merz fragt: „Was sind Ihre Solidaritätsbekundungen für den Staat Israel und die Menschen in Israel eigentlich wert?“

Tatsächlich hebt die Bundesregierung zwar stets hervor, dass es keinen Lieferstopp für militärische Güter nach Israel gebe. Trotzdem hat es in den vergangenen Monaten offenbar keine größeren Exportgenehmigungen für Kriegswaffen mehr gegeben – das ließ sich auch aus der Antwort der Regierung auf eine BSW-Anfrage schließen, wonach von Januar bis Ende August gerade einmal für 32.449 Euro Kriegswaffen nach Israel ausgeführt worden sind, und „sonstige Rüstungsgüter“ für 14,4 Millionen Euro. Das können Helme sein, Schutzwesten, aber auch Ersatzteile für Kriegswaffen wie Panzer. Aus der Bundesregierung wird darüber hinaus auf Bedürfnisse der Bundeswehr verwiesen, und von der NATO geforderte Mindestbestände, aus denen sich Beschränkungen ergäben für die deutschen Möglichkeiten zu liefern.

Nach Informationen der F.A.Z. soll es aber auch innerhalb der Bundesregierung wohl vonseiten der Grünen zuletzt Bedenken gegeben haben – offenbar auch mit Blick auf Gerichtsverfahren wie jenes

vor dem Internationalen Gerichtshof, wo Nicaragua gegen Deutschland wegen der Waffenexporte nach Israel geklagt hatte. Auch vor deutschen Gerichten war das schon Thema. Es soll die Idee entstanden sein, sich von Israel schriftlich zusichern zu lassen, dass die gelieferten Güter völkerrechtlich konform eingesetzt werden. Offiziell bekannt ist nichts dazu. Baerbock hebt in ihrer Rede hervor, dass es kein Widerspruch sei, das Selbstverteidigungsrecht Israels im „Einklang mit dem humanitären Völkerrecht“ zu unterstützen. Das humanitäre Völkerrecht und das Existenzrecht Israels gehörten „auf das Engste“ zusammen. Dafür stehe die deutsche Staatsräson.

Während Baerbock noch zurückhaltend versucht, die Vorwürfe von Merz zurückzuweisen, platzt es aus Mützenich heraus. Die Vorgänge um die Genehmigung von Waffenexporten sind zunächst geheim, und deshalb wirft Mützenich Merz vor, eine „schwerwiegende Behauptung“ aufzustellen, obwohl sich die Bundesregierung dieser nicht erwehren könne. Merz verteidigt sich, und da steht Scholz von der Regierungsbank auf und ergriff das Mikrofon von Mützenich. Als Abgeordneter, wie er anfügt, weist er die Vorwürfe kurz und knapp zurück: „Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern.“ Das zumindest dürfte man auch in Israel gern gehört haben.



Applaus: Bundeskanzler Scholz bekommt Zuspruch, nachdem er sich spontan das Mikrofon gegriffen hatte.

Foto AP

Ein zerrüttetes Verhältnis

Wie Joe Biden versucht, Einfluss auf Israels Regierungschef zu nehmen / Von Alexander Hanke, Tel Aviv

Wie frustriert die Amerikaner inzwischen über Israels Regierung sind, die ihre Militärschläge allzu oft kaum oder gar nicht mit dem engsten Verbündeten in Washington abspricht, ließ sich aus den Details erahnen, die über das jüngste Telefonat zwischen US-Präsident Joe Biden mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu an die Öffentlichkeit drangen. Als „direkt“ und „produktiv“ beschrieb eine Sprecherin des Weißen Hauses das Gespräch am Mittwochabend immerhin, das Netanjahu dem amerikanischen Präsidenten gewissermaßen abgenötigt hatte. In Anwesenheit von Vizepräsidentin Kamala Harris legte der israelische Ministerpräsident darin offenbar in groben Zügen Pläne für eine Vergeltungsaktion gegen Iran dar, die das israelische Sicherheitskabinett am Donnerstagabend beschließen sollte. Amerikanische Medien berichteten, Bidens Mitarbeiter seien „vergleichsweise zufrieden“ gewesen mit der Detailtiefe, die ihnen präsentiert worden sei.

Nach dem Telefonat war man im Weißen Haus demnach der Auffassung, Netanjahu sei zumindest empfänglich gewesen für die Argumente der Amerikaner. Die dringen darauf, dass Israel nur gegen konventionelle militärische Ziele in Iran schlagen soll statt gegen Atomanlagen oder Ölproduktionsstädten, was eine drastische Eskalation der Konfrontation bedeuten würde. Iran hatte mit dem Abschuss von 181 Raketen auf Israel am 1. Oktober selbst auf die Tötung von Hamas-Chef Ismail Haniyeh in Teheran und Hizbullah-Führer Hassan Nasrallah in

Beirut reagiert. Israelische Medien berichten, Biden habe ein „militärisch-diplomatisches Kompensationspaket“ angeboten, sollte Netanjahu auf die amerikanischen Bedenken Rücksicht nehmen.

Wie die Aktion aussehen wird, war bis zum Donnerstag offen. Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant orakelte, der Angriff werde „tödlich sein, präzise und vor allem überraschend“. Aus Gallants Äußerungen ließ sich aber auch schließen, dass es sich nicht um einen massiven Militärschlag handeln werde: „Sie werden nicht verstehen, was passiert ist und wie es passiert ist; aber sie werden die Ergebnisse sehen“, fügte er an.

Gallant selbst war an dem Telefonat mit Biden nicht beteiligt. Er hatte aber gegen seinen Willen eine zentrale Rolle bei dessen Zustandekommen gespielt. Netanjahus Büro hatte offenbar schon vergangene Woche ein Telefonat mit Biden angefragt. Aus Washington kam stattdessen eine Einladung an Gallant, der als der einzig verbliebene verlässliche Gesprächspartner in der israelischen Regierung geschätzt wird, während Bidens Verhältnis zu Netanjahu als zerrüttet gilt. Kurz bevor Gallant am Dienstag aufbrechen wollte, untersagte Netanjahu seinem Verteidigungsminister aber die Reise, bevor er nicht selbst mit Biden telefoniert hatte, und zwang den amerikanischen Präsidenten gewissermaßen in das Gespräch. Die Demütigung, die der Zug für Gallant bedeutete, mag Netanjahu gern eingepreist haben – auch das Verhältnis zwischen diesen beiden Männern gilt längst als vergiftet.

Anschauliche Details über das Verhältnis Biden-Netanjahu lassen sich derzeit auch aus einem Buch des bekannten Enthüllungsjournalisten Bob Woodward gewinnen. Mehrere amerikanische Medien, darunter die „New York Times“, zitierten in dieser Woche vorab aus dem Text des Autors, der einst durch die Aufdeckung der Watergate-Affäre bekannt geworden war. Woodward berichtet demnach unter Berufung auf „anonyme Quellen“ unter anderem aus Gesprächen des amerikanischen Präsidenten mit Netanjahu und aus dem anschließenden Austausch Bidens mit seinen eigenen Beratern. Auch wenn sich der Wahrheitsgehalt der Details nicht überprüfen lässt, liegt der Schluss nahe, dass es durchaus in Bidens Interesse war, seinen Ärger über Israels Regierungschef publik zu machen, da er vor allem von der linken Wählerschaft unter stetigem Druck steht, mehr Distanz zu Israel zu zeigen.

Als im Mai etwa Israels Offensive auf Rafah anstand, die damals letzte zerstörte Großstadt im Gazastreifen, ging Biden Netanjahu demnach am Telefon direkt an und warf ihm vor, keine Strategie zu haben. Gegenüber seinen Beratern habe Biden Netanjahu später als Lügner bezeichnet und dabei Obszönitäten verwendet, die amerikanischen Medien nicht wörtlich wiedergeben wollten. Biden setzte damals die Lieferung von 3500 Bomben an Israel vorübergehend aus, weil er massive zivile Opferzahlen in Rafah befürchtete. Doch Netanjahu – und auch das ist bezeichnend für das Verhältnis der beiden Männer – ließ sich nicht

von seinen Plänen abhalten. Washington nahm die Lieferungen später wieder auf.

Netanjahu kümmere sich einen Dreck um die Hamas, sondern nur um sich selbst, wird Biden in den Vorauszügen weiter zitiert – garniert mit dem Hinweis, dass in Wirklichkeit ein drastischerer Begriff gefallen sei. Nachdem Israel im Juli erst einen hohen Hizbullah-Kommandeur in Beirut und dann Hamas-Chef Haniyeh in Teheran getötet hatte, soll Biden Netanjahu angeschrien haben, weil die Amerikaner nicht vorab in Kenntnis gesetzt worden waren.

Doch Netanjahu, der nicht nur seinen Ruf als hartleibiger Verteidiger israelischer Interessen pflegt, sondern auch aus seiner Distanz zu Biden und der eigenen Nähe zu Donald Trump keinen Hehl macht, dürfte das wenig gekümmert haben. Wie realistisch Biden selbst seinen Einfluss bewertet, lässt sich aus einer anderen, ebenso wenig verifizierbare Passage erahnen: Nach dem ersten direkten, aber weitgehend folgenlosen Schlag Irans gegen Israel im April soll Biden seinen Mitarbeitern gegenüber erklärt haben, warum er Netanjahu zum gänzlichen Verzicht auf eine Vergeltungsaktion geraten habe: „Ich weiß, dass er etwas tun wird“, sagte Biden demnach, auch wenn er Netanjahu zum Gegenteil gedrängt habe. Aber indem er sage „Mach gar nichts“, könne er den israelischen Schlag immerhin begrenzen. Israel beschränkte sich damals auf einen symbolischen Angriff auf iranische Militäranlagen, die es dem Regime in Teheran möglich machten, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Iran nutzt offenbar Banden für Angriffe auf Institutionen Israels

„Win-win-Situation“ für schwedische Kriminelle

jib. HAMBURG. In Schweden und Dänemark häufen sich Angriffe auf israelische Einrichtungen, hinter denen kriminelle Netzwerke stehen sollen, die offenbar im Auftrag Irans handeln. In der vergangenen Woche schoss jemand auf die israelische Botschaft in Stockholm, einige Stunden später kam es vor der israelischen Botschaft in Kopenhagen zu zwei Explosionen, die offenbar durch Handgranaten ausgelöst wurden. Was den Vorfall in Kopenhagen angeht, gelten zwei junge Schweden als Tatverdächtige. Sowohl die schwedische als auch die dänische Polizei gehen Berichten zufolge davon aus, dass die Angriffe im Auftrag des kriminellen Foxtrot-Netzwerks erfolgt sind. Ein Vertreter der schwedischen Sicherheitspolizei Säpo sagte, es gebe Hinweise, dass die Anschläge im Auftrag Irans erfolgt sein könnten. Das Regime nutzt demnach Banden, um Anschläge auf israelische Institutionen zu begehen. Dabei soll Iran Medienberichten zufolge versuchen, konkurrierende Banden gegeneinander auszuspielen.

Am Donnerstag kam es nun zu einem weiteren Angriff: Auf das israelische Verteidigungsunternehmen Elbit Systems in Göteborg wurden Schüsse abgefeuert. An dem Firmensitz war bereits im vergangenen Sommer ein Sprengsatz gefunden worden. Die Hintergründe des neuerlichen Vorfalles sind noch unklar. Doch das Muster gleicht vorherigen Anschlägen. Wieder gilt ein minderjähriger Schwede als Tatverdächtiger, in diesem Fall ist Medienberichten zufolge gerade einmal 13 Jahre alt.

Bereits im Juni hatte der israelische Geheimdienst Mossad schwedischen Banden vorgeworfen, direkt für gewalttätige Aktivitäten und die Förderung des Terrorismus in Schweden und ganz Europa verantwortlich zu sein und dafür Gelder wie Anweisungen aus Iran zu erhalten. Schon im Januar war ein Anschlag auf die israelische Botschaft

in Stockholm mit einer Handgranate verübt worden. Schwedens Sicherheitspolizei bestätigte danach, dass Iran schwedische Banden angeworben hat, um Anschläge zu verüben. Sicherheitsbehörden zufolge nutzt das Regime auch in anderen europäischen Staaten das organisierte Verbrechen für Attacken auf israelische Einrichtungen.

Im Zentrum steht dabei offenbar einer der meistgesuchten Verbrecher Schwedens, der Anführer des Foxtrot-Netzwerks Rawa Majid. Dieser soll sich in Iran aufhalten, nachdem er sich zuvor lange in der Türkei dem Zugriff Schwedens entzogen hatte. Iran hatte Majid Berichten zufolge zunächst festgenommen, nun soll er wieder auf freiem Fuß sein – offenbar aber zu Bedingungen des Regimes. Der schwedische Kriminologe Ardavan Khoshnood sagte kürzlich der Zeitung „Dagens Nyheter“, Iran habe Majid Schutz gewährt und helfe ihm in gewissem Umfang mit dem, was er brauche, während er Iran bei Angriffen auf israelische Ziele unterstütze. Das sei eine „Win-win-Situation“.

Majids Foxtrot-Netzwerk wird für eine Vielzahl von Morden, Explosionen und Schießereien im schwedischen Bandenmilieu verantwortlich gemacht. Täter sind dabei meist Minderjährige, die per Chat Anweisungen für die Anschläge bekommen. Im Frühjahr war die Bandengewalt in Schweden eskaliert, nachdem die Mutter von Majids ehemaligem Verbündeten Ismail Abdo erschossen worden war. Nun soll Iran auch Abdo unter Druck gesetzt haben, Anschläge in Europa zu begehen, berichtet der Sender SVT unter Berufung auf Informationen aus Abdos Netzwerk. Ein vorrangiges Ziel soll ein Medienunternehmen sein, das Iran als regimfeindlich betrachtet. Um welches es sich handelt, war zunächst unklar. Weitere Hauptziele seien „alles, was mit Israel zu tun hat – Synagogen, Botschaften, Diplomaten“, so SVT.

Viele Tote bei Angriff auf Schule

Israels Armee: Hamas nutzte Gebäude für Angriffe

ahan. TEL AVIV. Neben der Offensive gegen die Hizbullah im Südbanon geht Israels Armee seit Tagen auch wieder verstärkt gegen Hamas-Ziele im Gazastreifen vor. In Deir al-Balah, der letzten weitgehend unzerstörten Stadt des Küstengebiets, die im Zentrum des Gazastreifens liegt, wurden am Donnerstag beim Luftschlag auf eine frühere Schule zahlreiche Menschen getötet. Palästinensische Quellen sprachen von mindestens 28 Opfern und 54 Verletzten. Den Berichten zufolge hatten sich in dem Gebäude zahlreiche Binnenvertriebene aufgehalten, die aus anderen Gegenden des Gazastreifens nach Deir al-Balah geflüchtet waren.

Das israelische Militär meldete einen präzisen Schlag gegen Terroristen, die ein Kommandozentrum innerhalb des früheren Schulgebäudes eingerichtet hätten. Von dort aus seien Angriffe gegen israelische Truppen geplant und ausgeführt worden, hieß es unter Berufung auf Geheimdienstinformationen. Wie üblich in derartigen Fällen verweist das Militär darauf, dass dem Luftschlag zahlreiche Schritte vorausgegangen seien, um das Risiko für Zivilisten zu minimieren, etwa der Einsatz von

Luftüberwachung und präziser Munition. Israel wirft der Hamas vor, systematisch zivile Einrichtungen wie Schulen für militärische Zwecke zu missbrauchen, was gegen die Grundsätze des humanitären Völkerrechts verstößt und die Gebäude zu legitimen militärischen Zielen macht. Hilfsorganisationen wenden aber immer wieder ein, dass Israel bei derartigen Angriffen unverhältnismäßig viele zivile Opfer in Kauf nehme.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, dass in der Schule lediglich ein behelfsmäßiger Posten der von der Hamas geführten Polizei eingerichtet gewesen sei. Unabhängig überprüfen lassen sich die Informationen nicht. Immer wieder wird aus dem Gazastreifen berichtet, dass sich Polizisten der bislang von der Hamas kontrollierten Sicherheitskräfte fast gar nicht mehr öffentlich zeigen würden, weil sie Angst hätten, zum Ziel israelischer Militärschläge zu werden. Auch von Hilfsorganisationen heißt es, dass wegen des Machtvakuum in dem Küstengebiet teilweise kriminelle Banden die Kontrolle über die Straßen übernommen haben.

Selenskyj stellt „Siegesplan“ vor

Gespräche in London, Paris und Rom

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat am Donnerstag zum Auftakt seiner Gespräche mit mehreren europäischen Verbündeten den britischen Regierungschef Keir Starmer und NATO-Generalsekretär Mark Rutte getroffen. Bei den Beratungen in London sei Selenskyjs Plan für einen Sieg im Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland erörtert worden, teilte Starmer mit. Zunächst hatte der britische Premierminister Selenskyj ohne Rutte in seinem Amtssitz in der Downing Street empfangen. Auch der britische Verteidigungsminister John Healey soll anwesend gewesen sein.

Es sei „sehr wichtig, dass wir unsere anhaltende Verpflichtung zur Unterstützung der Ukraine“ zeigen könnten,

sagte Starmer. Die Gespräche böten die Gelegenheit, Selenskyjs sogenannten Siegesplan „durchzugehen und detaillierter zu besprechen“. Rutte sagte, es gehe nicht nur um die Ukraine, sondern auch um „die Verteidigung des Westens und darum, wie wir sicher bleiben“.

Am Nachmittag stand für Selenskyj dann ein Treffen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Paris auf dem Programm. Außerdem war ein Gespräch mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni in Rom geplant. Am Freitagmorgen soll Selenskyj dann von Papst Franziskus empfangen werden. Ebenfalls für Freitag ist ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Berlin vorgesehen. F.A.Z.

STIMMEN DER ANDEREN

Trumps Näheverhältnis zu Putin

Die österreichische Zeitung „Der Standard“ (Wien) kommentiert die Enthüllungen über Donald Trump im Buch von Bob Woodward:

„Beunruhigend auch, was Woodward über Trump berichtet: Der habe in seiner Amtszeit 2020 während der Corona-Pandemie eine Ladung von damals schwer erhältlichen Covid-Tests an Wladimir Putin schicken lassen – zu dessen persönlichem Gebrauch. Putin hatte damals offenbar immense Angst und isolierte sich wochenlang. Dass Trump den russischen Autokraten bewundert, ist evident. Sollte Trump wieder gewählt werden, kann sich die Welt auf eine Beschwichtigungspolitik der USA gegenüber dem Aggressor gefasst machen. Die Episode ist ein weiterer Beweis für

Trumps ungesundes, fast unterwürfiges Näheverhältnis zu Putin.“

Politik der Ampel hat die Wirtschaft belastet

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert den Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland:

„An den Weltmärkten stößt der einstige Exportweltmeister auf US-Protektionismus und ein China, das als Absatzmarkt schwächelt und immer mehr Autos, Chemikalien und Maschinen statt nur billige Kleider herstellt und exportiert. Hinzu kommen die Dekarbonisierung und die Alterung der Gesellschaft. Auf viele dieser Entwicklungen hat die Politik wenig Einfluss. Bei der verrotteten Infrastruktur oder der ungenügenden Vorbereitung auf den demographischen Wandel kann

(Robert) Habeck zudem zu Recht auf Versäumnisse der Merkel-Jahre verweisen. Doch auch er trägt Verantwortung. Mit einer erratischen, interventionistischen Politik haben er und die ganze Ampel-Regierung die Wirtschaft zusätzlich belastet und jene lähmende Verunsicherung mitverursacht, die Investitionen bremst und dazu führt, dass der private Konsum trotz anziehenden Reallohnen kaum anspringt. (...) Je näher die Bundestagswahlen vom September 2025 rücken, desto größer dürfte die Versuchung werden, mit Zuckerchen für einzelne Unternehmen, Branchen und Bevölkerungsgruppen die Wähler bei der Stange zu halten. Die Meyer-Werft hat bereits Hilfszusagen erhalten, für die Autoindustrie wird wieder einmal über Abwrackprämien für den Umstieg auf ein E-Auto diskutiert. Ersteres ist ein

Versuch, den Strukturwandel aufzuhalten, Letzteres würde ein kostspieliges Strohfeuer entzünden.“

Regierungen tun zu wenig gegen Klimawandel

Gut einen Monat vor der UN-Klimakonferenz in Aserbaidschan hat ein Forscherteam drastische Daten zum Klimawandel präsentiert. Dazu meint die niederländische Zeitung „de Volkskrant“ (Amsterdam): „Seit dem Klimagipfel von Kyoto 1997 gibt es eigentlich keine Ausreden mehr: Der wissenschaftliche Konsens über die Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen ist seither eindeutig. Und doch wiederholt sich das Muster: Wissenschaftler warnen, immer deutlicher und lauter. Regierungschefs verkünden, dass sie das Klima wirklich für ein wichtiges

Thema halten. Und dann tun sie doch zu wenig, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken. Denn es gibt ja immer ein Thema, das den Wählern gerade mehr am Herzen liegt, etwa bewaffnete Konflikte, die Wirtschaft oder das Gesundheitswesen. In der Tat ist das politische Klima prädestiniert für einen politischen Rückzug. Trump hat die USA aus dem Pariser Abkommen herausgeholt und könnte erneut zum Präsidenten gewählt werden. Die AfD findet, dass die maßgebliche Rolle menschlicher Aktivitäten bei der globalen Erwärmung „wissenschaftlich nicht bewiesen“ sei. (...) Klimagefahren, die jeden etwas angehen sollten, werden als elitäres Hobby abgestempelt: Das ist ein fester Bestandteil des populistischen Handbuchs geworden. Und die Wähler scheinen dafür empfänglich zu sein.“